

# Steinige Angelegenheit bleibt ungeklärt

Gemeinderat Mühlacker spricht sich erneut gegen die Erweiterung des Steinbruchs in Enzberg aus – Bürgerinitiative einbinden

**NORBERT KOLLROS**  
MÜHLACKER-ENZBERG

Der Gemeinderat hat seine Haltung bekräftigt, eine Erweiterung des NSN-Steinbruchs an der Bretener Straße in Enzberg – etwa durch Grundstücksverkäufe – grundsätzlich nicht zu unterstützen. Der bereits vor zwei Monaten gefasste Ratsbeschluss wurde deshalb erneuert, weil durch eine unzureichende Recherche in älteren Protokollen zunächst der Eindruck entstanden war, die Stadt besitze nach einem Grundstückstausch rechtliche Instrumente, eine Steinbrucherweiterung zu verhindern. „Dies ist nicht der Fall“, stellte der zuständige Amtsleiter Konrad Teufel mittlerweile fest. Somit wurde laut Oberbürgermeister Frank Schneider der Beschluss vom Februar „vorsorglich geheilt“.



**Noch weist der Enzberger Steinbruch für etwa acht bis zehn Jahre Abbau-Reserven auf. Für die Zeit danach ist der Regionalverband bemüht, Erweiterungsfläche planerisch zu sichern.**

FOTO: KOLLROS

Fast 40 Minuten diskutierte der Gemeinderat vor einer großen Zuhörerkulisse nun erneut, wie mit der im wahrsten Wortsinn „steinigen Angelegenheit“ weiter umzu-

gehen sei, nachdem die Betreiberfirma mittlerweile einen Kompromissvorschlag unterbreitete. Demnach könnte die Erweiterungsfläche kleiner ausfallen.

FW-Stadtrat Rolf Leo sieht Verhandlungsspielräume hierzu nur auf der gegenüberliegenden Seite der Landesstraße nach Ötisheim. CDU-Vormann Günter Bächle misstiel, dass man „außer Worten nichts in der Hand hat“. Auch warnte er vor vertraglichen Regelungen, die auch schon ins Gespräch gebracht wurden, bei denen Mühlacker unter Umständen außen vor bleibe, denn Vertragspartner des Unternehmens wäre wohl das Landratsamt als Behörde für die emissionsschutzrechtliche Genehmigung. Ungeachtet dieses Einwurfs betrachtet Sozialdemokrat Thomas Knapp eine vertragliche Regelung als erforderlich, denn „irgendwann muss Schluss sein“.

Vielleicht ein Lichtblick: Das Steinbruch-Unternehmen wie auch die Stadtverwaltung wollen weitere Verhandlungen auch in Bezug auf den Kompromiss-Vorschlag in aller Offenheit unter Ein-

beziehung der Bürgerinitiative führen, kündigte der Oberbürgermeister an. Aber er verwies auch auf den rechtlichen Hintergrund, wonach die Regionalverbände nach dem Landesplanungsgesetz verpflichtet seien, Standorte von Rohstoffvorkommen vor anderweitiger Nutzung zu sichern.

## Hinweis aus dem Ministerium

Die Rechtsgrundlage der Rohstoffsicherung werde sogar über die Interessen Privater oder auch der Stadt gestellt. Vielleicht aber – dies warf Günter Bächle noch ein – könnte eine Steinbrucherweiterung in größerem Umfang in Enzberg allein schon deshalb weniger dringlich werden, weil das in der Region Nordschwarzwald gesicherte Muschelkalk-Vorkommen in der Gesamtbilanz ausreichend sein könnte. Entsprechende Hinweise gebe es aus dem zuständigen Ministerium.